

Wem gehört die Republik?

Rüdiger Liedtke, Wem gehört die Republik? Die Konzerne und ihre Verflechtungen 2004, Eichborn, Frankfurt am Main 2003, 620 S., 25,90 Euro

Wer heute über die ökonomische Machtstruktur in der Bundesrepublik Deutschland etwas wissen will, kommt an diesem Standardwerk von Rüdiger Liedtke nicht vorbei. Seit 1988 listet der Autor in regelmäßigen Abständen die 100 mächtigsten Konzerne Deutschlands mit ihrer Geschichte und Entwicklung, ihrer Eigentumsstruktur und den Besitzverhältnissen auf. Sicher, man kann auch in der umfangreichen Hoppenstedt-Sammlung¹ nachschlagen, in die im Interesse der Unternehmen geschönten Geschäftsberichte Einsicht nehmen oder das zweijährig erscheinende Monopolgutachten² zu Rate ziehen, das im jüngsten Bericht mit dem Nachweis der Verflechtungsbeziehungen von Konzernen einen wichtigen Schritt in der Erkenntnis über die konzentrierte Monopolmacht in Deutschland getan hat. Aber Rüdiger Liedtke bietet, ausgehend von den gravierenden ökonomischen Veränderungen seit den 90er Jahren und mit seiner Orientierung auf entscheidende Prozesse der Konzernentwicklung, komprimiert solche Daten und systematisch geordnete Fakten, die die Machtstrukturen der Konzerne und vor allen deren

Strategien sehr deutlich werden lassen. So war aus den Ausgaben dieses lexikalischen Kompendiums Anfang der 90er Jahre mit der Veröffentlichung von Daten zum „Ostengagement der Konzerne in den neuen Bundesländern“ ersichtlich, in welcher kurzer Zeit mit Hilfe der Treuhandanstalt die „Landnahme“ des ökonomischen Potentials Ostdeutschlands durch die Konzerne erfolgte. Fast ein Dezennium später nimmt Liedtke angesichts der verschärften krisenhaften Wirtschaftsprozesse in der Welt des Kapitals und der zwanghaften Shareholder-Value-Orientierung als Maßstab unternehmerischen Handelns die Unfähigkeit der Konzernvorstände zu langfristigen Strategien, deren Plan- und Konzeptionslosigkeit unter die Lupe.

In der aktualisierten, vollständig überarbeiteten Neuausgabe 2004 knüpft er an diese vorangegangene Einschätzung über den desolaten Zustand der kapitalistischen Wirtschaft an. Er konstatiert für die Jahre 2003/2004 drei Entwicklungen – das erhebliche Nachlassen des Fusionstempos, die nach wie vor manifesten Strukturen der so genannten Deutschland AG und das vielfache Fehlen an längerfristigen Strategien. In der Einleitung dazu heißt geworden. Bislang für es: „Viele deutsche Konzerne sind krisenanfälliger unangreifbar gehaltene Großunternehmen werden plötzlich zu potentiellen Übernahmekandidaten. Die Gründe: Viele Gesellschaften haben sich durch die Großakquisitionen der vergangenen Jahre stark verschuldet, teilweise wurde viel zu teuer eingekauft. Im Wachstumsrausch haben sie ihre Kapitaldecke aufgezehrt. Sie haben sich allzu sehr auf die Kernge-

¹ Vgl. Hoppenstedt, Companies & Sectors, Finanzinformationen für Deutschland, Darmstadt, Wien, Zürich, lfd.; Hoppenstedt, Handbuch der Großunternehmen, Darmstadt.

² Vgl. Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9903.

schäftsfelder konzentriert, vielfach im Rahmen drastischer Kostensenkungsprogramme auch qualifiziertes Personal entlassen und allzu stark auf Synergien gesetzt ... Der Irak-Krieg und seine Folgen haben die globale Wirtschaft stark beeinträchtigt. Aber gerade in Phasen weltpolitischer Turbulenzen, konjunktureller Talfahrten und schwankender Börsenkurse rächen sich kurzatmige Unternehmensentscheidungen, Strategie-defizite und fehlende Visionen.“

Die neue Ausgabe besticht wieder durch eine Fülle von detailliertem Material über 100 Konzerne – alphabetisch geordnet vom ABB-Konzern bis zur Zahnradfabrik Friedrichshafen AG. Dabei bilden einzelne Abschnitte des jeweiligen Konzernbildes kontinuierliche Schwerpunkte der Gliederung der Buchreihe wie z.B: Zur *Geschichte und Entwicklung* des Unternehmens, deren Daten bis in die Berichtszeit geführt sind, zu den *Besitzverhältnissen/Eigenumsstruktur*, deren Stand aktuell erfasst ist und die Macht- und Eigentumsverhältnisse des Kapitals heute sichtbar macht, ein *Konzernüberblick*, in dem die Positionen des Konzerns auf seinen Geschäftsfeldern dargestellt ist. Zu den analysierten Standards zählen die wichtigsten *Beteiligungen*, die kritische Wertung der Rolle des Großunternehmens für den *Standort Deutschlands*, die Sozialpolitik von Personalplanung über Betriebsweisen bis zu tariflichen Regelungen innerhalb des Konzerns – als Innerbetriebliche Bündnisse bezeichnet –, zu *Forschung, Entwicklung, Innovation* und zum *Konzernmanagement* mit der Charakterisierung der jeweiligen Vorstandspolitik.

Entsprechend dem Gewicht neuer ökonomischer Entwicklungsprozesse sowie aktueller Vorgänge auf den Kapitalmärkten werden diese Gliederungspunkte bei den einzelnen Konzernbildern durch Erweiterungen oder ganz spezifische Abschnitte ergänzt. Sie enthalten neue Fakten zur Konzernentwicklung, zu Veränderungen in den Machtstrukturen des Kapitals aufgrund von Kapitalverflechtungen und neuen Abhängigkeiten sowie zu den strategischen Konzeptionen. So wurde in der jüngsten Ausgabe des Buches von Rüdiger Liedtke der Abschnitt *Standort Deutschland* in der Überschrift prononciert um den Punkt *Globale Strategien* erweitert und mit der Sicht auf die internationale Expansion und den anwachsenden Internationalisierungsgrad der Konzerne wesentlich ausgebaut. Im Konzernbild der BASF ist beispielsweise gleich am Anfang dieses Abschnittes zu lesen: „BASF wählt seine Standorte dort, wo sichergestellt ist, dass die am Weltmaßstab dimensionierten Produktionsanlagen zu 70 Prozent den jeweiligen Markt beliefern können. Der nordamerikanische Markt wird fast ausschließlich durch Produktionen vor Ort versorgt.“ (44) Diese internationale Strategie auch in den Daten zur Eigentumsstruktur kommt zum Ausdruck. Ausländische Aktionäre halten bereits 35 Prozent des Aktienkapitals des Grundkapitals, darunter 9,4 Prozent aus den USA.

Einen spezifischen Platz nehmen neben den Standards in der Systematik die Kommentare ein. In ihnen werden kritische Wertungen getroffen, so zur Publizitäts- und Gewerkschaftsfeindlichkeit, zu kriminellen Machenschaften, Schmiergeldaffären, verfehl-

ter Modellpolitik, zu aggressiver Marktexpansion usw. Des weiteren werden aufgrund bedeutender Vorgänge in der Kapitalwelt des Unternehmertums und des Wandels im finanzkapitalistischen Gefüge besondere Abschnitte eingefügt, die den Aussagewert über die Wirkungen des profitorientierten Agierens der Konzerne erhöhen. Erwähnt seien hier das *Unternehmens-Monopoly* der Allianz, die „Lipobay“-Affäre von Bayer, *Macht, Einfluss und Flops der Deutschen Bank*, die *Deutsche Steinkohle AG, Shell*, „Brentspar“ und *Nigeria*, oder die *Großfusion an Rhein und Ruhr* von ThyssenKrupp.

Darüber hinaus finden sich wichtige Konzerndaten und Hintergrundinformationen in den Marginalien, wie Angaben zu Vorstandsmitgliedern und ihren überdimensionierten Bezügen, zu Aufsichtsratsmitgliedern und ihren hohen Tantiemen, Angaben zum Grundkapital, zu Börsenkursen, zum Umsatz, zu Gewinn, Investitionen, Beschäftigten, Löhnen und Gehältern – und dies aufgelockert durch übersichtliche Grafiken und erfasst für einen Zeitraum von 2000 bis 2002. Ebenfalls als Marginalie bewertet der Verfasser (ähnlich wie der Guide Michelin) das *aktuelle Management-Ranking* der Konzerne mit Sternchen. Grundlage bildet die Einschätzung der Unternehmenspolitik, der Bilanzen und strukturellen Maßnahmen, der Sozialpolitik, der Bereiche Umweltschutz und Innovation sowie der Außenwirkung des Konzerns. Nur ganz wenige Konzerne erhalten eine Bestnote – nicht verwunderlich angesichts der üblen Machenschaften von Vorständen, die immer öfter publik werden. Man muss den Ergebnissen die-

ser Liedkte-Wertung nicht folgen. Aber allein die Tatsache, dass Konzernmanagement und das seit 2002 eingeführte Management-Ranking Schwerpunkte bei der Porträtierung der bedeutendsten Konzerne sind, macht deutlich, welches Gewicht Fragen der Leitung und Organisation solcher riesigen international strukturierter Wirtschaftskomplexe heute haben und in welchem Maße die vom Profitstreben diktierte Unternehmenspolitik auf die chaotischen Zustände der Weltwirtschaft einwirkt.

Als nützlich erweisen sich letztlich in dieser Ausgabe das Personen- und das Firmenregister. In letzterem kann man den zahlreichen Kapitalverflechtungen zwischen den analysierten mächtigen Hundert nachgehen.

Fazit: Rüdiger Liedktes Neuausgabe „Wem gehört die Republik? 2004“ ist für jeden eine Fundgrube, der etwas über ökonomische Macht in der Bundesrepublik und den daraus entspringenden internationalen politischen Herrschaftsanspruch wissen will.

Gretchen Binus

USA-Europa

Conrad Schuhler, Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt, PapyRossa Verlag, Köln 2003, 165 S., 11 Euro.

Die Zahl der jüngst zum Thema USA erschienenen Bücher ist buchstäblich „Legion“. Es gibt auch kaum eine bedeutende Äußerung von Politikern oder Wirtschaftsbossen dazu, die nicht irgendwo abgedruckt worden wäre, und wohl auch keine auf die USA gemünzte „Definition“, die nicht bereits da oder dort enthalten ist. Es ist

also gar nicht so einfach, zu diesem Thema etwas „Neues“ zu sagen.

Conrad Schuhler hat es auf einen Teil des Weltproblems USA abgesehen: auf die Frage, ob „Europa“ (gemeint ist die EU) für die USA eine „Gegenmacht“ darstellt. Zu dieser Frage liefert der Autor eine interessante Studie mit z.T. hervorragendem Material. Allerdings wird die zentrale Frage des Buches aus meiner Sicht nicht so ganz befriedigend beantwortet, unter anderem weil Schuhler nicht alle Seiten des Verhältnisses zwischen Europa und den USA behandelt und weil dabei auch die Beziehungen beider zu den anderen Hauptmächten herausgearbeitet werden müssten. China, Russland und Japan kommen in seinem Buch aber leider doch etwas knapp weg.

Den Ausgangspunkt Schuhlers bilden die Weltmachtambitionen der USA und die von deren gegenwärtiger Führung unternommenen Aktivitäten zur Verwirklichung dieser Pläne. Er stellt überzeugend dar, wie der „11. September“ zum Anlass genommen wurde, mit der Schaffung einer neuen Weltordnung zu beginnen. Schuhler deckt die Hintergründe dieser Politik auf, deren Wurzeln weit zurückreichen, und zeigt, dass die Bush-Regierung als Vertreterin der Interessen der mächtigsten Kapitalgruppen jene Kräfte formiert, die die USA zu einer unangreifbaren Supermacht machen sollen. Er macht aber auch deutlich, dass diese Konzeption selbst für eine Macht wie die USA zu einer „imperialen Überdehnung“ führt, denn ihre Weltmachtposition beruht vor allem auf militärischer Stärke.

Auf der Seite der Ökonomie sieht es dagegen weit weniger günstig aus, wie der Autor sowohl am Beispiel der Wirtschaftsentwicklung in den USA selbst als auch und vor allem an deren internationalen Wirtschaftsbeziehungen darstellt. Er geht dabei vor allem auf die Verschuldung der USA gegenüber dem Rest der Welt ein, die sich aus den gewaltigen Defiziten ihrer Außenhandelsbilanz ergibt.

In diesem Zusammenhang wäre es nützlich gewesen, präzise zu trennen zwischen der Verschuldung im eigentlichen Sinne, die durch die Aufnahme von Krediten entsteht, und den Salden in den Bilanzen der Außenwirtschaftsbeziehungen, die das Ergebnis unzähliger unabhängig voneinander vor sich gehender Transaktionen von privaten Unternehmen sind. Der in der Kapitalbilanz der USA entstehende Überschuss (mehr Kapitalimport als Kapitalexport) hat nichts mit „Verschuldung“ zu tun, denn es handelt sich in beiden Richtungen um Anlagen von Kapital zum Zweck seiner Verwertung, zur Erzielung von Profit. Ich hielte eine solche klare Unterscheidung für wichtig, damit bei weniger kundigen Lesern kein falscher Eindruck (in diesem Fall: kein zu ungünstiges Bild) von der Position der USA in der Weltwirtschaft entsteht.

Gestützt auf ihr militärisches und auch ökonomisches Potenzial sind die USA, wie Schuhler an vielen Beispielen zeigt, jeder anderen Macht überlegen, auch der sich vergrößern EU. Beim Vergleich wären allerdings z.T. etwas umsichtiger Formulierungen angebracht. So schreibt der Verfasser zum inneren Zustand der EU: „ihre Kohäsion ist schwach

und schwindet von Jahr zu Jahr“ (95). Das sehe ich etwas anders: Die europäische Integration ist doch ein ganz langer Prozess, der schon bisher unter vielen Schwierigkeiten, Widersprüchen usw. bei der allmählichen Angleichung der Verhältnisse der beteiligten Länder vor sich ging. Das wird auch künftig so sein. Doch das „Europa“ von heute unterscheidet sich erheblich von dem am Ende der 1950er Jahre. Es ist natürlich Zweifel angebracht – ich selbst habe dies auch an anderer Stelle ausgeführt –, ob „Europa“ jemals ein so einheitliches Gebilde werden wird, dass es willens und in der Lage sein könnte, gerade gegenüber den USA mit einer Stimme zu sprechen. Aber das bedeutet noch lange keine „schwindende Kohäsion“ (also faktisch „De-Integration“) der EU.

Das Verhältnis der EU zu den USA beschreibt Schuhler im Zusammenhang mit dem EU-Verfassungsentwurf wie folgt: „Die Interessen seiner Transnationalen Konzerne, die Logik seiner neoliberal verfassten Ökonomien wird die EU jedoch unter das Joch des Hegemons USA spannen. Die zehn neuen Mitglieder werden dabei behilflich sein.“ (147) Auch da frage ich mich, ob die Perspektive mit der Formulierung, die EU werde unter das „Joch“ der USA geraten, zutreffend beschrieben ist.

Ausführlich erläutert Schuhler das Regulierungssystem des globalen Kapitalismus und die Regulierung innerkapitalistischer Widersprüche, indem er die Funktionsweise jener internationalen Organisationen (vor allem IWF und Weltbank) behandelt, in denen die USA zwar noch immer das „Sagen“ haben, sich aber zu-

nehmend – besonders in Fragen des Welthandels – dem Widerstand sowohl der Entwicklungsländer als auch anderer Industrieländer ausgesetzt sehen.

In dem abschließenden Kapitel „Wege zu einer anderen Welt“ zitiert Schuhler den Satz „Die Globalisierung benötigt ein soziales und demokratisches Gesicht.“ (156) Dem hätte unbedingt hinzugefügt werden müssen, dass dies unter den gegenwärtigen und auch künftigen Umständen immer und überall nur ein kapitalistisches Gesicht sein kann. Für die weitere Diskussion scheint es mir von besonderer Bedeutung zu sein – auch der Autor bringt hierzu einige Hinweise – sich weiterführende Gedanken über notwendige konkrete Schritte zur Eindämmung von Welt-herrschaftsstreben und Kapitalmacht zu machen.

Schuhler hat einen weitgehend journalistisch geprägten Text geschrieben. Darin liegt eine Stärke des Buches. Das bringt allerdings auch sehr zugespitzte Formulierungen mit sich, wie zum Beispiel „Schwungvoll auf Talfahrt“ (über die USA-Wirtschaft in jüngster Zeit, 35) oder „Die US-Gesellschaft ist kaputt“ (über die sozialen Probleme in den USA, 62), die die Wirklichkeit nur teilweise erfassen. Als Wirtschaftswissenschaftler wäre es mir übrigens nicht in den Sinn gekommen, die Wirtschaftslage der USA während der letzten Jahre in vielfältiger Form als „Krise“ zu bezeichnen.

Bei den Zitaten wird nicht immer scharf zwischen der jeweiligen Wiedergabe und der Meinung des Zitierenden getrennt. Ein Beispiel: Die

Quellenangabe zu John Le Carré (Beitrag im Spiegel 4/2003) bezieht sich auf folgenden Satz: „Gott hat Amerika dazu bestimmt, die Welt in jeder Weise zu retten, die Amerika zusagt.“ (11) Dieser Satz steht in einer Aufzählung all dessen, was die von Bush & Co. betriebene „religiöse Frömmerei“ ausmacht. Es könnte aber der Eindruck entstehen, dies habe John Le Carré als seine Meinung geschrieben. Sein Beitrag beginnt jedoch wie folgt: „Amerika ist in eine seiner Phasen historischen Wahnsinns eingetreten, aber diese ist meiner Erinnerung nach die schlimmste: schlimmer als der McCarthyismus, schlimmer als die Schweinebucht-Invasion und langfristig potenziell verheerender als der Vietnam-Krieg.“ Ich hätte von Le Carré eher diesen Satz zitiert!

Alles in allem hat Schuhler ein interessantes und flüssig geschriebenes Buch vorgelegt. Er macht mit einer beeindruckenden Fülle von Fakten und Zitaten (darunter viele, die nicht so bekannt sind, weil sie aus USA-Quellen stammen) die Gefährlichkeit der derzeitigen USA-Politik deutlich. Manche vom Autor getroffene Aussagen hätte ich als Ökonom im einzelnen anders – das heißt vor allem: abgewogener – formuliert. Das Buch ist anregend – das heißt auch, dass sich der Leser gewünscht hätte, dass manche Fragen noch gründlicher behandelt würden.

Ernst Lüdemann

Das linke Amerika

Max Böhnelt/Volker Lehmann (Hg.), American Empire – No Thank You. Andere Stimmen aus Amerika, Kai Homilius Verlag, Berlin 2003, 284 S., 18 Euro.

„Empire“ ist in der Debatte um eine „neue Weltordnung“ mittlerweile fast zum Modewort geworden. Auf der einen Seite wird es von den Anhängern Antonio Negrís und Michael Hardts gebraucht, um die Herausbildung einer „Netzwerkwelt“ zu beschreiben, in der Begriffe wie Innen und Außen, Imperialismus und Nationalstaat eine immer geringere Rolle spielen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch den Begriff „American Empire“. Neorealistische und Neokonservative Autoren in den Vereinigten Staaten benutzen ihn zunehmend, um eine unilaterale Machtpolitik zu rechtfertigen, die es den USA erlauben soll ohne Rücksicht auf internationales Völkerrecht zu intervenieren, wo immer ihre Regierung ein solches Vorgehen für geboten hält. In der europäischen Linken gibt es mitunter die Tendenz, in den Vereinigten Staaten einen monolithischen Block zu sehen und die amerikanische Debatte auf diese Aussagen zu reduzieren. Die Journalisten und Max Böhnelt und Volker Lehmann knüpfen mit ihrem Buch „hier an und wollen tiefer eintauchen in die transatlantischen Wahrnehmungen und Vorurteile. Aus linker europäischer Sicht ist es eines der hartnäckigsten dieser Vorurteile, dass die amerikanische Gesellschaft entpolitisiert ist und dass die USA keine linke Bewegung kennt. In diesem Buch lassen wir diese linke Bewegung selbst zu

Wort kommen. Wir erheben mit der Auswahl der hier versammelten Beiträge – Essays und Interviews – keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit.“ (21)

Die Beiträge des Bandes sind alle zwischen Februar und Mai 2003 entstanden und bieten daher einen guten Einblick in das Denken von amerikanischen Aktivisten und linken Intellektuellen zu einer Zeit, in der der Irakkrieg vorbereitet und geführt wurde oder gerade „beendet“ war.

Inhaltlich stehen drei Themenkomplexe im Mittelpunkt: „Erstens geht es um *Old Europe*. Dieser Kontinent verdankt seine Entstehung einem Ausspruch des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld am 22. Januar 2003. Ausgehend von dieser Phrase werden die gegenseitigen Wahrnehmungen uns das Verhältnis zwischen den USA und Europa beleuchtet. Zweitens geht es um politische Verschiebungen nach dem 11. September 2001. In welchem Kontext stehen die Reaktionen der Bush-Regierung auf die Terroranschläge? Was sind die Gründe und Konsequenzen der hierauf folgenden amerikanischen Politik, die mit der militärischen Invasion im Irak ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat? Und drittens geht es um die Frage, welche gesellschaftlichen Kräfte sich dieser Politik in den Weg stellen. Welche Chancen auf Erfolg bestehen für eine emanzipative Abkehr vom Projekt der herrschenden amerikanischen Eliten?“ (21) Der Versuch „Standpunkte linker amerikanischer Politik repräsentativer auszuleuchten“ (S. 21) spiegelt sich auch im „Pluralismus“ des Bandes, der keineswegs bestrebt ist, eine kohärente

Analyse der US-Politik oder eine einheitliche politische Programmatik anzubieten, sondern vielmehr als Einführung in die Debatte einer kritischen Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten gelesen werden soll. Dass sich die Beiträge in ihren Bewertungen widersprechen ist somit durchaus im Sinne der Herausgeber und gibt dem Buch den Charakter eines Diskussionsbandes.

Konsens unter den Autorinnen und Autoren ist ihre Ablehnung des Irakkrieges. Mit einem Interview des Sozialwissenschaftlers und „Kommunitaristen“ Michael Walzer wurde jedoch auch ein Autor aufgenommen, der mit dem Verweis auf die Legitimität „humanitärer Interventionen“ den Krieg in Afghanistan unterstützt hatte: „In meiner Sichtweise, die teilweise eine amerikanische ist, teilweise aber auch eine linke, leben wir in einer Welt, in der sich immer noch schreckliche Dinge ereignen können. Und dies sind leider Dinge, die nur mit Gewaltanwendung gestoppt werden können und müssen.“ (52) Nach Walzer stehen die USA für einen „gute[n] Imperialismus. Wir haben zwangsläufig diese Rolle übernommen, weil andere sie uns überlassen haben. Wir sind die verantwortliche Macht, die die Gefahren in der Welt meistern muss. Rumsfelds Sicht zufolge sind die USA endlich die globale Polizei, die Amerika solange nicht sein wollte.“ (54)

Gegen die These „in den neunziger Jahren [...] habe eine normative Revolution stattgefunden“, die mit „humanitärer Intervention“ eine „neue Norm“ in die Internationalen Beziehungen eingeführt habe, argumentiert Noam Chomsky. Interventi-

onen, „um Grausamkeiten, die innerhalb der Grenzen souveräner Staaten begangen wurden, von außen ein Ende zu setzen“ habe es bereits in den siebziger Jahren gegeben: „Meiner Auffassung nach gibt es dafür zwei schlagende Beispiele. Das eine ist die Invasion Indiens in Ost-Pakistan im Jahr 1971, die ein schreckliches Massensterben beendete. Das zweite ist die Invasion Vietnams in Kambodscha 1978/1979, die dem Pol Pot-Regime auf dem Höhepunkt seines Wütens ein Ende bereitere.“ (68) Dass man damals nicht von der Einführung einer „neuen Norm“ gesprochen habe, hatte Chomsky zu Folge „zwei Gründe: erstens haben die Falschen interveniert, und zweitens waren die USA dagegen. [...] Im Falle Vietnams waren die USA dagegen, weil sie auf der Seite Pol Pots standen.“ (69) Hinter der heutigen Rhetorik von „humanitärer Intervention“ vermutet Chomsky einen „tiefgehenden Rassismus der westlichen Kultur, der auf einem Jahrhunderte dauernden Imperialismus“ fuße. Die betroffenen Menschen frage man nicht: „Sie haben mit ‚humanitären Interventionen‘ und der westlichen Außenpolitik viele Erfahrungen gemacht. (69) Auch mit dem Irakkrieg sei der Versuch unternommen worden, eine „neue Norm“ zu etablieren: „Die Norm ‚Präventivkrieg‘ ist die Annahme, dass die USA das Recht hätten, die Welt mit Gewalt zu regieren und jede potentielle Herausforderung zu verhindern. Das wurde in der Zeitschrift *Foreign Affairs* eine *grand new imperial ambition* genannt.“ (68)

Michael Hardt stellt die gegenwärtige Weltpolitik der Bush-Admini-

stration in den Kontext seiner mit Negri entwickelten „Empire“-Theorie: „Empire toleriert kein Außerhalb. In der Auseinandersetzung im Irak geht es sicher auch darum, dass hier eine geographische Region noch nicht in die dominierende Machtstruktur mit einbezogen war.“ (81) Um den transatlantischen Konflikt zu beschreiben greift Hardt auf eine Metaphorik feudaler Machtstruktur zurück: „In gewisser Hinsicht ist unsere Theorie bezüglich der USA widersprüchlich, denn die USA sind einerseits die Macht mit den herausragendsten Privilegien, sie sind andererseits aber nicht die alleinige Macht. Ich denke, dass man diesen Widerspruch am besten dadurch zu fassen bekommt, indem man ihn als komplementäre Ausdrucksform der monarchischen und der aristokratischen Macht begreift“ (78) Zwar brauche „jeder Monarch seine Vasallen“, da er ohne sie nicht die Welt regieren könne, doch Konflikte seien nichts außergewöhnliches. Bush ginge es derzeit darum, „verschiedene Aristokratien auf der pluralistischen Seite auszuschalten und so die monarchische Seite zu stärken.“ (78) Zudem seien „die Machteliten Frankreichs, Deutschlands und Russlands“ nicht bereit sich „mit d[em] Vasallenstaaten am Hofe des amerikanischen Monarchen [zu] bescheiden.“ (79) Das Empire bestehe zwar auch nach „dem 11. September 2001 weiter“, man müsse aber „zweifelsohne die Neuartigkeit des Projekts anerkennen, das die Bush-Regierung“ verfolge.“ (78)

Yifat Susskind, stellvertretende Leiterin der New Yorker Menschenrechtsorganisation MADRE, die sich

insbesondere um „fortschrittliche Frauenprojekte in Weltregionen“ kümmert, „die direkte oder indirekte Opfer der amerikanischen Außenpolitik sind“, stellt in ihrem – hauptsächlich an strategischen Fragen für die US-Friedensbewegung orientierten Beitrag einen Widerspruch im us-amerikanischen Gründermythos dar. Das amerikanische Selbstbild sei geprägt von der Überzeugung ein Land zu sein, „das das Gegenteil der Macht besessenen europäischen Kolonialmächte [...] ist. [...]“ „Wie bei allen nationalen Identitäten ist das amerikanische Selbstbild eine Summe von Narrativen, die sich die Amerikaner von- und übereinander erzählen. Die Vorstellung von einem Amerika als ‚Imperium der Freiheit‘ wie Jefferson es nannte, ist dabei vielleicht der zentrale Mythos.“ (93f.) Im „Begriff der amerikanischen politischen Kultur“ lebe daher ein „Spannungsverhältnis fort: zwischen den freiheitlichen Idealen einer demokratischen Republik und der Entstehung eines imperialen Weltreichs.“ (94) Genau dort sieht Susskind auch kritisches Potential. Habe nach dem 11. September 2001 „ein neuer imperialer Schub“ (100) eingesetzt, der von der Bush-Regierung und „einer kleinen Gruppe neokonservativer Ideologen“ (94) vorangetrieben werde, so müsse die Bewegung gegen diese Politik die andere Seite der amerikanischen Tradition besetzen: „Wenn die Antikriegsbewegung sich an die Sprache ‚amerikanischer‘ Werte wie Freiheit und Demokratie anlehnt, dann hat sie ein schlagkräftiges Vokabular. Sie kann damit ihre Opposition zum Imperium klar ausdrücken, sie kann Millionen

von Amerikanern erreichen, und sie kann umfassende politische Prinzipien zum Thema machen, um die Zusammenhänge zwischen Außen- und Innenpolitik aufzuzeigen.“ (105)

Dem Wirtschaftswissenschaftler William K. Tabb zufolge ist „das Projekt Neoliberalismus – selbst in den Augen seiner glühendsten Fürsprecher in Wissenschaft und Wirtschaft – gemessen an seinen verkündeten Ansprüchen gescheitert. Neoliberalismus hat weder zu größerem Wirtschaftswachstum geführt, noch zu geringerer Armut oder stabileren ökonomischen Verhältnissen.“ (154) – „Als Projekt der kapitalistischen Herrschaftselite“ freilich sei „Neoliberalismus ein voller Erfolg“ gewesen. (155) Derzeit sei ein taktischer Rückzug zu beobachten, der „die neoliberalen Politikvorhaben unter dem Deckmantel ‚Reform‘ weiter voranzutreiben“ versuche. (156) In diesem Zusammenhang sei es zu einer Restrukturierung neoliberaler Wirtschaftspolitik auf globaler Ebene gekommen, die Tabb als „Washington Consensus 2“ (156) klassifiziert. Die Verbindung von Kriegspolitik und Neoliberalismus sieht Tabb zum einen darin, dass beides – neoliberale Restrukturierung und militärische Machtpolitik – von den USA ausgehe und zum anderen in einer Rhetorik, die für beides den Begriff „Demokratie“ als Legitimationsideologie heranziehe. „Demokratie“ verkomme hier jedoch zur bloßen Formel, die die Entmachtung der Armen und der politischen Opposition als eigentlichen Gehalt der politischen Tendenz zu verschleiern helfe: „Der sozialdemokratische Klassenkompromiss der Nachkriegsjahre wird in diesen

Kriegsjahren abgelöst durch die Kampfansage von Reich gegen Arm, vervollständigt durch eine innere Mobilmachung mit Repression und Klebeband. Letzteres nicht nur zum Abdichten der Fenster gegen eventuelle ABC-Terrorattacken, sondern auch zum Verkleben der Mäuler, die sich noch zu fragen trauen, was Innenminister John Ashcroft nicht opportun erscheinen mag.“ (168f.)

Eine Schwäche des Bandes ist sicher, dass er nur wenige Analysen enthält, die den Zusammenhang zwischen einem „neuen Imperialismus“ und der globalen politischen Ökonomie aufzeigen. (Vom Aufsatz Tabbs einmal abgesehen.) Das Buch hätte gewonnen durch ein Interview oder einen Beitrag etwa von David Harvey, Leo Panitch oder einem der Weltsystemtheoretiker. So fehlt ihm eine Perspektive, die die Politik der Bush-Administration und die Frage des transatlantischen Verhältnisses weitergehend verortet. Doch das Buch will ja auch keine wissenschaftliche Gesamtanalyse bieten. Es will neugierig machen auf die politische Debatte der amerikanischen Linken. Das gelingt ihm. So muss ihm sein essayistisch-polemischer Tonfall auch nicht vorgeworfen werden.

David Salomon

Kapitalismusanalyse aus der Sicht der Dritten Welt

Samir Amin, Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus, VSA-Verlag, Hamburg 2003, 184 S., 14,80 Euro

Mit Blick auf die zu erwartenden Ent-

wicklungen im 21. Jahrhundert setzt Samir Amin mit diesem von Joachim Wilke übersetzten und redigierten Buch seine früheren Analysen¹ des Kapitalismus fort. Es sind Analysen, die sich in ihrem Antikapitalismus auf Theorie und Methode des Marxismus stützen. Grundsätzlich sei „Marx‘ radikale Kritik unübertroffen und unübertrefflich, solange das Gesellschaftssystem auf sozialen Verhältnissen des Kapitalismus beruht“ (27f). Die Analysen der spezifischen Widersprüche des gegenwärtigen Systems seien hingegen nach der Marx’schen Methode, die Theorie und Geschichte im Zusammenhang begreift, weiterzuentwickeln.

Bevor Amin Prognosen und – aus linker Sicht – Erfordernisse hinsichtlich der Politik im 21. Jahrhundert behandelt, geht er erneut ausführlich auf den Zustand der Welt ein, wie sie sich im 20. Jahrhundert entwickelte und die Ausgangssituation für mögliche unterschiedliche Wege in die Zukunft darstellt.

Infolge der weltweiten Kapitalakkumulation vollziehe sich eine Polarisierung im Weltmaßstab, wodurch die natürlichen Grundlagen der sozialen Reproduktion des Lebens zerstört werden und der Mehrzahl der Menschen in den peripheren Ländern „jede Aussicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse genommen“ (154) wird. Im Weltmaßstab wirke somit weiterhin das von Marx formulierte Gesetz der Verelendung vieler, der Anhäufung des Reichtums weniger. Es seien der Kapitalismus und seine

¹ Das Reich des Chaos (1992), Die Zukunft des Weltsystems (1997)

Moderne, die den Menschen zerstören, ihn auf eine zur Ware verdinglichten Arbeitskraft reduzieren. „Der Ungleichheitsquotient für die kapitalistische Welt, bereits 1:20 um 1900, auf 1:30 um 1945-48 und auf 1:60 am Ende des Nachkriegswachstums angewachsen, steigt himmelwärts; in den letzten beiden Jahrzehnten des Jahrhunderts steigert das reichste Fünftel der Menschen den von ihm in Beschlag genommenen Anteil am Weltprodukt von 60 Prozent auf 80 Prozent.“ (20) Wenn von Deregulierung die Rede ist, handele es sich in Wirklichkeit um eine einseitige Regulierung der Märkte durch das dominante Kapital.

Es habe sich eine Triade eines kollektiven Imperialismus, bestehend aus USA, Westeuropa und Japan, herausgebildet, in deren Rahmen die USA mittels der Globalisierung, die keinen Fortschritt darstelle, ihre Hegemonialstrategie durchsetzen. Die Triade verfüge hierbei über fünf Monopole: hinsichtlich der Technologie, in Bezug auf die Kontrolle der globalen Finanzmärkte und -flüsse, in Bezug auf den Zugang zu den Naturschätzen der Erde und deren Ausbeutung, auf dem Gebiet der Kommunikation und der Medien und schließlich auf dem Gebiet der Massenvernichtungswaffen. Jener Zwang zur friedlichen Koexistenz, dem der amerikanische Hegemonismus mit der seit 1945 systematisch ausgebauten Militärmacht seitens der Sowjetunion ausgesetzt war, ist nunmehr hinfällig geworden.

Dieser Hegemonismus der USA sei zynisch. „Im übrigen ist der ‚Cowboy‘-Staat mit seinen terroristischen Methoden und seiner Geringschätzung der Völker zweifellos der Gip-

fel der ‚Schurkenstaaten‘“. (134) Nicht ihre Wirtschaft und ihr Reichtum erzeugten politische Macht, d. h. Vorherrschaft in der Welt, sondern umgekehrt. Amin zitiert Madeleine Albright's Berater Thomas Friedmann, der sarkastisch geäußert hatte: „Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne unsichtbare Faust funktionieren. McDonald's kann nicht ohne den F-15-Konstrukteur McDonald Douglas florieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, daß die Welt für Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt US-Heer, -Luftwaffe, -Marine und -Marineinfanterie.“ (106) Die Kriege seit 1990 würden beweisen, daß „die weltweite liberale Wirtschaftslenkung“ notwendigerweise längst vor dem 11. September 2001 militarisiert wurde (110).

Den realen Sozialismus, wie er vor allem von der Sowjetunion verkörpert wurde, bewertet Amin in seiner tatsächlichen Widersprüchlichkeit, die ihn letztlich scheitern ließ. Immerhin: Auf das kapitalistische System habe er einen positiven Einfluß ausgeübt, indem er durch seine bloße Existenz, seine Erfolge in der extensiven Industrialisierung und auf militärischer Ebene „eine Haupttriebkraft aller großen Transformationen im 20. Jahrhundert“ war. Ohne die Furcht vor dem kommunistischen Gegenmodell hätte man im Westen nicht den Sozialstaat durchsetzen können. Die den USA aufgezwungene Koexistenz hätte auch den bourgeoisen Kräften des Südens größere Spielräume verschafft. In der Quintessenz nennt Amin von den „komplexen Ursachen“ des Scheitern vor allem die folgenden: Es sei nicht gelungen, die zwei im Widerspruch zueinander

stehenden Aufgaben, mit denen „die Revolution im 20. Jahrhundert“ konfrontiert war, zu lösen., nämlich zum einen die notwendige, an den entwickelten Standards der kapitalistischen Welt ausgerichtete nachholende Entwicklung zu bewältigen, und zum anderen den Anspruch, eine alternative, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, zu erfüllen. Das Sowjetsystem habe des weiteren den Übergang zur intensiven Akkumulation und damit zur „neuen industriellen Revolution“ verfehlt. „Den Kernpunkt bildet für mich jedoch die antidemokratische Verirrung der Sowjetmacht“, so daß sie nicht dem Erfordernis gerecht wurde, mit ihrer Demokratisierung den vom Kapitalismus historisch gesetzten und begrenzten Rahmen zu überschreiten (18).

Von dieser Weltlage ausgehend befaßt sich Amin sodann mit den möglichen Entwicklungsoptionen im 21. Jahrhundert. Die Entwicklung der Produktivkräfte demonstrierte, daß sich der Kapitalismus überlebt habe, keine gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Fortschritts mehr hervorbringe, sondern auf Selbstzerstörung hinauslaufe, weshalb der Kapitalismus überwunden werden müsse. Der ihm innewohnende Grundwiderspruch mit dessen destruktiven Dimensionen sei für die Zukunft der Menschheit bedrohlich, führe in „eine echte Zivilisationskrise“. Er sei weder „das Ende der Geschichte noch ihr unüberschreitbarer Zukunftshorizont“ (160). Und an anderer Stelle prognostiziert Amin die Perspektive: Die Alterserscheinung des Kapitalismus „treibt das System in ein anhaltendes Chaos, das entweder – bestenfalls – auf seine Überwindung durch den

einsetzenden langen Übergang zum Sozialismus oder – schlimmstenfalls – auf die Katastrophe und den Selbstmord hinauslaufen wird“ (100). Wenn von der Moderne die Rede ist, so sei es heute ein Erfordernis, „die Widersprüche der vom Kapitalismus eingeleiteten Moderne zu erfassen und ein Gesellschaftsprojekt zu entwerfen, mit dem sie überwunden werden können“ (156). Indem Amin eine „kommunistische Gesellschaft“ – als einzig vernünftige Alternative zum Kapitalismus – als notwendig erachtet, betont er, daß sie aus unterschiedlichen humanistischen Quellen hervorgehen müsse und keine dieser Quellen ausgeschlossen werden dürfe. Es gehe zwar um Konvergenz im Ziel und in den sozialen und kulturellen Vorstellungen, „aber um Konvergenz in der Vielfalt“ (147).

Als ersten Schritt müsse die Welt sich vom Hegemonismus befreien und einen Weg zum Polyzentrismus und zur Regionalisierung einschlagen. Das wäre die Voraussetzung für ein nicht-amerikanisches Jahrhundert. Amin ist sich im Klaren, daß die Entscheidung, den Entwicklungsweg der Menschheit in eine andere Richtung zu lenken, von den dafür erforderlichen Kräften und von der globalen Dimension dieses Weges abhängt. Dafür müßte eine internationale Front der Völker hergestellt werden. Für die Länder des Südens, die sogenannte Dritte Welt, sei die Wiederbelebung des Geistes von Bandung vonnöten. An die Europäische Union, die heute stärker noch als zu Zeiten des Kalten Krieges zur Anpassung an den amerikanischen Hegemonismus gezwungen sei, knüpft Amin trotzdem die Hoffnung,

das sie sich als Gegenmacht zu etabliere. Für den europäischen Einigungsprozeß wäre es „die einzig sinnvolle Option ... gewesen, sich auf eine multipolare Welt zu orientieren ... Diese Option hätte natürlich erfordert, Rußland, China und jeder Großregion der Dritten Welt denselben Handlungsspielraum zuzuerkennen. Sie hätte erfordert, das Kapitel NATO definitiv zu beenden und statt dessen europäische Verteidigungskräfte zu konzipieren“ (114). Hier verfällt Amin offensichtlich in eine Illusion, die wohl aus ungenauer Kenntnis der europäischen Befindlichkeiten herrührt. Die schon aus realen, machtpolitischen Gründen nicht zu verwirklichende Option stößt auch bei den europäischen Linkskräften, denen sich Amin eigentlich sehr verbunden fühlt, auf entschiedenen Widerstand. Denn eine – inzwischen wirklich von den herrschenden Eliten angestrebte – europäische Militärmacht würde weniger ein Gegengewicht gegen die USA-Hegemonie darstellen als vielmehr Instrument eigener europäischer Macht- und Interventionspolitik im Weltmaßstab sein. Schon gar nicht würde diese Option den Weg zu einer antikapitalistischen, sozialistischen Alternative ebnen.

Diese Option steht, so muß man Amin erwidern, seinem „Optimismus der Vernunft“ entgegen, der zu Recht auf die Formierung einer neuen Linken gerichtet ist, „die der Herausforderung gewachsen und fähig ist, die machthabende Rechte zu schlagen“. Diese Formierung müsse, wie er meint, „über die Schaffung einer internationalen Front der beherrschten Klassen und der Völker des Nordens und des

Südens“ (138) verlaufen, einer Front, die es aber noch nicht gibt.

Harald Neubert

Afghanistan: Ein Reisebericht

Mostafa Danesch, Wer Allahs Wort missbraucht, Hoffmann und Campe, Hamburg 2002, 317 S., € 21,90

Als am 7. Oktober 2001 us- und britische Militäreinheiten den Krieg gegen Afghanistan begonnen haben, um die von den USA erst geschaffenen und an die Macht gebrachten Taleban zu beseitigen, meldeten sich über Nacht fast mehr selbst ernannte „Afghanologen“ als das Land Einwohner hat. Es wurden am laufenden Band Bücher über Afghanistan, die Taleban und Osama Ben Laden produziert. Es gab Experten, die in einer Rekordzeit von zwei Wochen ein Buch über Ben Laden vorgelegt haben. Der Inhalt war dabei nicht so wichtig, man handelte nach dem Motto: Schmiede das Eisen solange es heiß ist, denn es bringt Geld und man macht sich auch noch einen Namen.

Die eigentlichen Experten, wozu ohne Zweifel Mostafa Danesch gehört, meldeten sich erst viel später mit fundierten und ernstzunehmenden Büchern. Während viele der sogenannten Experten, Afghanistan nicht einmal betreten haben, war Mostafa Danesch über vierzig mal in Afghanistan, hat über siebzig mal die Region, die das Thema seines Buches ist, besucht und mit führenden Politikern und Akteuren zahlreiche Gespräche geführt. Danesch behandelt in seinem Buch nicht nur den Afghanistan-Konflikt, sondern auch die po-

litischen Entwicklungen der Länder um Afghanistan, die nach der Machtübernahme der pro-sowjetischen Kräfte in Afghanistan 1978 und der Revolution 1979 in Iran noch mehr an Bedeutung gewannen. Dieser revolutionären Entwicklung mußte Einhalt geboten werden, damit sie nicht nach der „Domino-Theorie“ (Henry Kissinger) weiter Schule machte. In Pakistan putschte auf Geheiß der USA der Islamist General Ziaul Haq, stürzte den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bhutto und ließ ihn hinrichten. Gegen Iran wurde mit Wohlwollen der USA von „ihrem Schurken“, dem Diktator Sadam Hussein, ein jahrelanger Krieg geführt, und das Land wirtschaftlich so geschwächt, dass es sich bis heute nicht davon erholt hat. In Pakistan entlang der Grenze zu Afghanistan wurden insgesamt 85 Ausbildungslager der Modjahedin errichtet. Sie wurden zunächst durch US- und Petro-Dollars und später zusätzlich durch florierende Heroingeschäfte finanziert. Die militärische Ausbildung übernahmen die pakistanischen und US-amerikanischen Geheimdienste ISI bzw. CIA.

Im Schatten des afghanischen Bürgerkrieges islamisierte General Ziaul Haq Pakistan und förderte gezielt die pakistanischen und afghanischen Extremisten. Regelmäßig empfing er die afghanischen Islamisten und ließ sich über ihren Kampf berichten (208f.).

In Folge der Genfer-Vereinbarung 1986 wurde die sowjetische Armee aus Afghanistan abgezogen, und beide Weltmächte sowie Pakistan u.a. verpflichteten sich, ihren jeweiligen Verbündeten keine Waffen mehr zu liefern bzw. sie in keiner Weise mehr

zu unterstützen. Weder die USA noch Pakistan hielten sich daran, denn sie waren der Meinung, nun die auf sich allein gestellte afghanische Regierung hinwegfegen zu können, ja die USA verstärkten ihre Waffenlieferungen insbesondere von Stinger-Raketen an die Modjahedin (12, 211 und 226). Die Regierung Nadjibullah hielt sich aber an der Macht und konnte sogar durch eine Versöhnungspolitik, obwohl sie von den Modjahedin abgelehnt wurde, ihre Position ausbauen. „Ohne die Einmischung von außen hätte Nadjibullah vielleicht Erfolg haben können,“ so Danesch (225). Um eine politische Lösung des Konfliktes unter UNO-Schirmherrschaft zu ermöglichen, war Nadjibullah bereit, das Land zu verlassen. Als er daran gehindert wurde (wir erfahren leider nicht auf wessen Befehl), rettete er sich in die Kabuler UN-Vertretung bis zu seiner brutalen Ermordung durch die Taliban 1996 (234). Seine Nachfolger übertrugen die Macht 1992 an die Modjahedin. Diese betrieben gemeinsam die Zerstörung Kabuls sowie die Verfolgung Andersdenkender, Tausende flohen nach Nordafghanistan, wo der säkular orientierte General Dostum herrschte, wo es Schulen und Universitäten gab, und sogar Mädchen und Frauen eine Ausbildung bekamen bzw. einer Arbeit nachgehen konnten. Von 1992-1993 war die Zahl der Einwohner allein in Masare Scharif von 120.000 auf fast eine Mio. gestiegen (77). Überhaupt ist die Darstellung des Generals, der in westlichen Medien unisono als brutal, grausam und verabscheuungswürdig abqualifiziert wird, sachlich und differenziert.

Beeindruckend ist die Beschreibung Daneschs von der Zerstörung Kabuls durch die Modjahedin 1992 ff., der Verelendung der Bevölkerung und der im Gegensatz dazu reichlich gedeckten Tische im Palast der neuen Herrscher (122ff.). Er berichtet als Augenzeuge 1994 über das Schicksal Einzelner der vielen Tausend, die aus Kabul in den Norden flohen, über eine Frau namens Chadidjah, der er dabei begegnete, und die ihm erzählte, dass sie ihr von einem Bombensplitter verletztes Kind am Rande der Straße ablegen mußte, um sich und ihre drei weiteren Kinder zu retten (148ff.).

Danesch war 1993 ebenso Zeuge der dramatischen Begegnung zweier Erzfeinde, Dostum und Hekmatjar, südlich von Kabul, im Hauptquartier der Hesbe Islami von Hekmatjar. Dort sollte ein Bündnis gegen die Regierung Rabani, deren nomineller Ministerpräsident Hekmatjar war, geschmiedet werden, das nur von kurzer Dauer war und ein Mißerfolg wurde (146 ff.). Der interessante Bericht seiner Begegnung mit dem entmachteten und in der nordafghanischen Hafenstadt Hairatan lebenden Babrak Karmal, läßt uns leider im Ungewissen darüber, wer die zwei Politbüromitglieder der Demokratischen Volkspartei Afghanistans gewesen sind, die 1986 Karmal aufgesucht, und seinen Rücktritt mit Todesdrohungen erzwungen hätten (205), auch teilt er uns nicht mit, um welche „Vorbehalte“ gegenüber den „Sowjets“ es sich handelt, die Karmal schon in den Jahren 1980-1986 geäußert haben soll (204).

Nach dem Ende der Sowjetunion begann ein Wettkampf um Einfluß unter den Mächten, die jahrelang den Krieg

in Afghanistan bestimmt haben. Saudi Arabien und Iran kämpften um Macht und Einfluß in Mittelasien (63f.) Die Iraner bildeten schon 1993 im nordafghanischen Qundus Modjahedin aus Tadjikistan militärisch aus, Pakistan rüstete diese religiös-ideologisch auf, wobei Gelder aus saudiarabischen Quellen flossen (92f.).

Interessant ist die Feststellung Daneschs bezüglich der militärischen Präsenz der USA in Mittelasien (103), wobei Afghanistan als Brückenkopf fungieren soll. Das Land ist inzwischen zu einem Militärprotectorat der USA degradiert.

Von aktueller Bedeutung sind die zwei Kapitel zu den arabischen Söldnern in Afghanistan und zur Entstehung der Terrornetzwerke (158-200), sowie die Kapitel über den Nahost-Konflikt (14-36) und über Iran (104-113 und 237-276). Danesch ärgert sich dabei zurecht, dass seine frühzeitigen Warnungen über den islamistischen Terror noch nicht ein Mal zur Kenntnis genommen worden sind (11.).

Der Hinweis, dass die USA zynischerweise, um den Kalten Krieg zu gewinnen, den Mohnanbau im großen Stil unterstützt haben, und dabei Afghanistan – mit allen Konsequenzen – zum größten Heroinproduzenten der Welt aufsteigen konnte (212-223), erhält durch die Tatsache, dass 2001 noch mehr Opium produziert worden ist, als bei der Rekordernte von 1999, brennende Aktualität.

Leider haben sich, wohl unvermeidlich, auch einige Fehler eingeschlichen: So wurde Ahmad Schah Masud, der „Löwe von Pandjsher“, später im Volksmund zum „Fuchs

von Kabul“ (ängstlich) und nicht zur „Ziege von Kabul“, wie es auf Seite 134 heißt. Bei seinem historischen Exkurs gibt er die falsche Feststellung Friedrich Engels wieder, dass Ahmad Schah Durani, der Gründer des afghanischen Staates (1747), aus dem mächtigsten Stamm der Paschunen gewesen sei. Das Gegenteil ist der Fall, da die mächtigen Stämme sich nicht einigen konnten, haben sie Ahmad Schah zum König gewählt, der – einem unbedeutenden Stamm angehörend – ihnen nicht gefährlich werden konnte.

Der Name der ehemals im US-Außenministerium für Südasien zuständigen Staatssekretärin Robin Lynn Raphael wird fälschlicherweise zu Raphael (297f. und im Register).

Auch aufgeklärten Iranern, wie Danesch, fällt es schwer zu akzeptieren, dass die afghanische Sprache Dari, kein Dialekt der persischen Sprache ist (85), sondern dass es sich dabei, wie die Fachleute bestätigen, um eine eigenständige Sprache handelt, die auch als Sprache am afghanischen Königshof „Darbar“ sicherlich kein Dialekt gewesen sein kann.

Zudem fällt auf, dass der Autor den Staat „Iran“ immer mit einem Artikel versieht, obwohl nach der Orientalistin Annemarie Schimmel (FAZ vom 3.12.2002) „Iran“ weder in einer orientalischen Sprache noch in der englischen einen Artikel hat. Das wird nach Frau Schimmel leider auch von „Persern“ nicht mehr beachtet.

Zur Schreibung afghanischer Personen- und Ortsnamen bleibt nur anzumerken, dass in bundesdeutschen Medien eine verwirrende Vielfalt zumeist falscher Schreibweisen vor-

kommt. Nur ein Beispiel von vielen: Der afghanische Politiker Rabani erscheint als „Rabbani“, demnach wäre das Wort Rabatt als „Rabbatt“ zu schreiben!

Danesch legt ein umfangreiches populärwissenschaftliches Buch vor, das auf fundierten, aus eigenem Erleben resultierenden Kenntnissen beruht, das dem ausschließlich an politischen Sachinformationen interessierten Leser etwas langatmig und unstrukturiert vorkommen mag, eine Mischung aus ausführlichen Berichten diverser Reisen, interessanten Schilderungen persönlicher Erlebnisse und Begegnungen, aus sachlichen Informationen und politischen Einschätzungen, ein Buch, dem trotz kleinerer Mängel, eine große Leserschaft zu wünschen ist.

Matin Baraki

Ein ABC des „Empire“

Antonio Negri, Rückkehr. Alphabet eines bewegten Lebens. Gespräche mit Anne Dufourmantelle, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2003, 238 S., 17,90 Euro

Seit dem der Weltbestseller „Empire“ von Michael Hardt und Antonio Negri erschienen ist, reißt das Interesse an den Thesen der beiden Autoren nicht ab.¹ Im Campus Verlag ist jetzt ein Interview-Band erschienen, in dem Gespräche zwischen der Journalistin Anne Dufourmantelle

¹ Zur Debatte um „Empire“ vgl. auch mehrere kontroverse Beiträge in Z, zuletzt Anne-liese Braun, Verdunkelung ökonomischer Verhältnisse, in: Z 55 (September 2003), S.142ff.

und Antonio Negri aus dem Herbst 2001 dokumentiert sind. In alphabetischer Reihenfolge werden dort Stichworte von A, wie Angriff, bis Z, wie Zenon von Elea, besprochen. Grob lassen sich drei (leider sehr fragmentierte) Schwerpunkte in dem Gespräch erkennen: Einerseits ein biographischer Teil, der einen Blick auf Negris politische Entwicklung gewährt, dann eine Diskussion seines philosophischen Hintergrundes und schließlich eine kurze Darstellung einiger zentraler Begrifflichkeiten in der Empire-Diskussion.

Ergänzt wird die deutsche Ausgabe des Buches durch ein weiteres Interview mit Negri, das von Thomas Atzert, dem Übersetzer von „Empire“ und Herausgeber der „Subtropen“, im Januar 2003 geführt wurde. Es widmet sich vor allem dem damals kurz bevorstehenden Krieg gegen den Irak, sowie der Rolle Europas im Empire.

Vieles von dem, was Negri in den beiden Gesprächen sagt, ist bereits bestens aus der Lektüre von und der Diskussion um Empire bekannt: Unter Stichworten wie Empire, Globalisierung oder Multitude gibt es kaum Neues zu erfahren. Auch wird Negri zu wenig mit Kritik an seinen Thesen konfrontiert. Jedoch finden sich bei genauerem Hinschauen einige interessante Aspekte, auf die hier hingewiesen werden soll.

So geht Negri auf die Kritik ein, seine Vorstellung der Multitude könne, als eine Form der Organisierung von Menge, kompatibel mit dem Faschismus sein, was er entschieden zurückweist. Denn die faschistische Menge sei, so Negri, „darauf be-

schränkt (...), Menge zu sein, einsam zu sein“ (87). Die Menge könne nur dann faschistisch sein, wenn man sie in ihrer Form als „Geflecht von Singularitäten“ (ebd.), in „dem eine Vielzahl irreduzibler Tätigkeiten zusammenwirken“ (ebd.), zerstört habe. Seine eigene Vorstellung der Menge unter dem Begriff der Multitude beinhalte jedoch als konstituierendes Merkmal Vielfältigkeit und Differenz. Diametral dem faschistischen Weltbild gegenüber stellt Negri daher das Denken von Michel Foucault und Gilles Deleuze. Bei ihnen finde sich ein anderes Erbe der Moderne, die Vorstellung der Differenz nämlich.

Für Negri ist heute klar: „Wir leben im Empire. (...) Den Strukturen des globalen Kapitalismus sind auch die Nationalstaaten untergeordnet.“ (205) In der politischen Diskussion habe sich allerdings eine missverständliche Umdeutung des Begriffes durchgesetzt und ihn in eine Allerweltsformel umgewandelt. Fälschlicherweise würde der Begriff so oft mit den USA gleichgesetzt. Empire bedeute jedoch bei Hardt/Negri vielmehr eine spezielle „Verschiebung der Souveränität von den Nationalstaaten zu einer über die Nationalstaaten hinausgehenden Ordnung“ (72). Das Empire sei eben kein „über die ganze Welt ausgedehnter Nationalstaat“ (ebd.). Allerdings seien die USA derzeit die einzige Macht, die in der Lage sei, überall in der Welt militärisch zu intervenieren, wie Negri im Interview mit Atzert feststellt. Sie gleiche einer „monarchischen Macht im Empire“ (206). Die „aristokratische Macht“ (ebd.) werde von multinationalen Konzernen und

Nationalstaaten verkörpert. Zwischen beiden finde, u.a. über Institutionen wie den IWF, die WTO oder die Weltbank, eine Vermittlung statt, um den „imperialen Zusammenhang funktionieren zu lassen“ (ebd.). So sei es „undenkbar, dass die USA Krieg gegen den Irak führen, ohne dass sie von den imperialen Aristokratien unterstützt werden“ (211). Die Auseinandersetzungen um einen Krieg am Golf und das Agieren der USA sind nach Negri also weniger als „imperialistischer backlash“ (204), denn als ein „Widerspruch, der sich im Innern der imperialen Prozesse zeigt“ (ebd.), zu analysieren: „Genauso steht außer Zweifel, dass der ‚Kampf gegen den Terrorismus‘, das Theorem vom Präventivkrieg, die Rede vom ‚langandauernden Krieg‘, um den imperialen Frieden zu schaffen, dass all das zweifellos Momente sind, denen zwar von den USA und insbesondere von der Regierung Bush eine Form gegeben wird, die aber Momente einer Konfrontation im Innern ein und derselben kapitalistischen Welt sind.“ (207f.) Die neuen Kriege definiert Negri als „biopolitische Maschine“ (212), die darum bemüht sei, „das Leben der Massen, der Bevölkerungen, der Multitudes (...) vollständig zu organisieren“ (ebd.). Der Krieg setze Regierungen, Gerichte und NGO's ein, um so eine neue Form der Kontrolle einzuführen.

Angesichts antiamerikanischer Resentiments im Rahmen der Diskussion um den Irak-Krieg hebt Negri, ähnlich wie in „Empire“, explizit seinen positiven Bezug auf die Geschichte der USA hervor: „Ich denke mit Wehmut an die Twin Towers,

denn sie waren ein Symbol der Hoffnungen, des Fortschritts und der Arbeit all jener, die in Manhattan ankamen. Ich hasse den Terrorismus (...), der die Toleranz und die Multikulturalität angegriffen hat, die Träume vom melting pot, die uns mit der Geschichte der USA verbinden, mit der Hoffnung auf eine Neue Welt.“ (179)

Versuchen, Europa als pazifistischen und wohlfahrtstaatlichen Kontrapunkt gegen ein vorgeblich US-dominiertes Empire zu installieren, wie sie seit dem Irak-Krieg diskutiert werden, erteilt Negri eine klare Absage: „Europa als ein Nationalstaat Europa, die Grande Nation Europa, das macht überhaupt keinen Sinn. (...) Es bedarf keiner Perspektive für eine europäische Nation, sondern man muss – in Europa und über Europa hinaus – einen globalen Antikapitalismus entwickeln.“ (218)

Insgesamt leidet das Buch darunter, dass seine Konzeption unklar ist: So ist es weder eine Biographie, noch verfolgt es eine spezielle Frage oder ist es gar eine fundierte Einführung in die Kernthesen von Hardt und Negri. Stattdessen gibt es von allem etwas. Mit dem ungewöhnlichen alphabetischen Aufbau des Textes wird zwar eine Vielzahl von Themen angerissen, aber nur wenig ausführlich behandelt. Zu kurz kommen so zentrale Begrifflichkeiten wie z.B. immaterielle Arbeit, Biomacht oder Multitude. Auch ist der Anspruch der verschiedenen Texte zu unterschiedlich. Unterhaltsame Anekdoten aus der italienischen radikalen Linken der 70er Jahre stehen unvermittelt neben nur schwer verständlichen philosophischen Fragestellungen. Wenn

z.B. die theoretischen Ansätze von sechs Philosophen auf nur acht Seiten abgehandelt und mit einander verglichen werden, trägt dies nur beschränkt zum Erkenntnisgewinn bei und gleicht vielmehr einem name-dropping. Das Buch ist also eher für jene von Nutzen, die sich nach der Lektüre von „Empire“ noch vertiefend mit den Gedanken Negris beschäftigen wollen. Ihnen wird dieser Gesprächsband Anregungen bieten.

Paul Wellsow

Krieg und Frieden

Reinhard Kühnl, Krieg und Frieden. Von den Kolonialkriegen und den Weltkriegern bis zur „neuen Weltordnung“ der USA, Distel-Verlag, Heilbronn 2003, 82 S., 6 Euro

Reinhard Kühnl ist der Herausgeber einer neuen Buchreihe, die in prägnanter und kurzer Form politische, philosophische, historische, ökonomische und ökologische Themen aufgreifen und einem breiten Publikum präsentieren will. Den Anfang macht dabei Kühnl selbst mit einem Essay über „Krieg und Frieden“, der angesichts der neuen Kriege zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Entwicklung von Krieg und Frieden in der Menschheitsgeschichte nachgeht.

In einem Parforceritt geht es dabei von der Herausbildung der Klassengesellschaft über die Formulierung von Aufklärung und Menschenrechten zur Epoche der beiden Weltkriege, schließlich zum Kalten Krieg und der mit dem Untergang des Sozialismus verbundenen „neuen Weltordnung“, bis zum von den USA be-

triebenen „Krieg gegen den Terror“, mit den bisherigen Zielen Afghanistan und Irak.

Klar ist, dass hier nur Schlaglichter geworfen werden können, doch geht es Kühnl darum, die Kräfte und Strukturen zu identifizieren, die immer wieder zum Krieg führen. Ideologie und materielle Interessenstruktur gelte es dabei zu unterscheiden, und so ließen sich hinter den vielfältigen und oft wohlklingenden Begründungen konkrete Ziele ausmachen, die, mit Platon gesprochen, bis heute den Krieg als „Erwerbskunst“ kennzeichnet, der auf ‚Erwerb von Geld und Gut‘ und ‚Grund und Boden‘ gerichtet sei.“ (14) So wie die Klassengesellschaft auf dem antagonistischen Gegensatz von Herrschern und Beherrschten gründete, so seien es bis heute die Völker, die den Preis für die Kriege der Herrschenden zu bezahlen hätten. Kühnl schildert Beispiele der ideologischen Vereinnahmung der Bevölkerung, die auch diese zur Kriegsbegeisterung verleiten konnten, dennoch seien es bis heute die arbeitenden Klassen, die den Preis für die Kriege ihrer Herren zahlen müssten (14). Für die Gegenwart lässt sich allerdings feststellen, dass die Bevölkerung des einen Teils der kriegführenden Länder Krieg überhaupt nicht mehr als solchen wahrnimmt, da sie sicher sein kann, keinerlei Auswirkungen zu spüren. Interessant wäre es hier der Frage nachzugehen, ob etwa die amerikanische Administration die mit dem 11. September einhergehenden Bedrohungsgefühle der Bevölkerung sich bewusst zu nutze gemacht hat und welche Rolle dies für die Zustimmung zu den Kriegen gegen Afghanistan

und Irak – im Gegensatz etwa zum Jugoslawienkrieg – spielte.

Mit der europäischen Aufklärung sieht Kühnl die erste Möglichkeit, Kriege wirksam einzuzugrenzen, jedoch sollte es noch eineinhalb Jahrhunderte dauern und der Erfahrung zweier verheerender Weltkriege bedürfen, bis diese Möglichkeit auch politisch-praktische Wirklichkeit wurde.

Die nach dem Ersten Weltkrieg begonnenen Ansätze zur rechtlichen Einhegung des Krieges wurden nach 1945 entscheidend vorangetrieben: Die Verurteilung des Angriffskrieges durch das Nürnberger Tribunal fand auch Eingang in die UN-Charta, ein internationales Gewaltmonopol wurde bei den Vereinten Nationen verankert. Die wohl wichtigste Veränderung vor dem Hintergrund einer zumindest für den Kapitalismus gleichbleibenden Interessenstruktur sieht Kühnl im allgemeinen Bewusstsein: Angesichts der realen Erfahrung der beiden Weltkriege sind Krieg und Militarismus bis heute geächtet. Anders als etwa beim Ersten Weltkrieg ist die „Bildung von Massenbewegungen, die mit militärischem Geist erfüllt waren (...) seit 1945 in keinem europäischen Land mehr (...) möglich“ (36).

So werden denn die Kriege nach 1945 „mit schlechtem Gewissen“ (39) geführt und das „ius ad bellum“ steht keinem Staat als Begründung mehr offen. Das kollektive Sicherheitssystem der UNO, die Rüstungsbegrenzung zwischen den Großmächten des Kalten Krieges und das gleichzeitige Gleichgewicht des Schreckens waren Momente, die den Krieg in seiner Entfaltung zumindest hemmten, jedoch besteht für Kühnl kein Zweifel,

dass es schon zu dieser Zeit die USA waren, die diesen Status quo zugunsten einer neuen Führbarkeit von Kriegen – auch gegen den Systemfeind – überwinden wollten.

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und dem Sieg des Westens im Kalten Krieg sei dann auch die Begrenzung des Krieges hinfällig geworden, da die USA nun keine Veranlassung mehr für eine zurückhaltende Machtpolitik sähen. Die Vereinigten Staaten sind für Kühnl der aktiv handelnde Part bei der Überwindung kollektiver Sicherheit zugunsten einer von den USA dominierten Weltordnung, in der Krieg und mit ihm die Macht des Stärkeren wieder zum Gebot der Stunde werde. Diesen neuen Welt Herrschaftsanspruch der USA sieht Kühnl in zahlreichen Dokumenten, in denen die USA ihn formulieren, belegt: Es bleibt jedoch die Frage nach der Bedeutung des Militärs für den Erhalt einer solchen Stellung. Das Verhältnis zwischen militärischer und ökonomischer Macht und die Frage ihres möglichen Ungleichgewichts wird von Kühnl nicht weiter diskutiert.

Statt dessen geht er dem seit dem Ende der Blockkonfrontation zu beobachtenden Phänomen der „neuen Kriege“ nach, die sich vom Staatenkrieg hin zu einer neuen Form verändert hat, in der völlig ungleiche Parteien miteinander kämpfen. Herfried Münkler spricht in diesem Zusammenhang von der „Asymmetrie“ dieser neuen Kriege, die zu einer veränderten Form und Ausprägung des Kriegs führen. Die Reduzierung der neuen Kriege auf den Zusammenstoß von „Kulturkreisen“, wie es bei Hun-

tington angelegt ist, lehnt Kühnl zugunsten der Frage nach den sozialen Ursachen ab. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, warum gerade der arabische Raum diese sozialen Unruhen, deren letzte Verantwortung der Autor bei den kapitalistischen Mächten des Westens sieht, in einem solchen Maße produziert. Wäre es nur eine Reaktion auf die zunehmende Verelendung, dann würde man in Afrika und Lateinamerika ähnliche Potenziale erwarten können. So richtig es ist, den Begriff des „Terrors“ auch als Kampfbegriff gegen jede Form des Widerstands zu entlarven, so problematisch wäre es, würde man die ideologische Dimension eines religiösen Fanatismus nur als Beiwerk abtun.

Sehr gelungen ist die Differenzierung der Motivstruktur des neuen Imperialismus, bei der Kühnl zwischen dem „freien Zugang zu Rohstoffen und Märkten“, der „Sicherung geostrategischer Regionen“ und der „Sicherung politisch-ideologischer Macht“ unterscheidet. (57)

Die USA gelten Kühnl als die treibende und dominierende Macht dieses neuen Imperialismus. In ihrer Politik spiegelt sich für ihn nicht nur das Gebaren einer „normalen“ kapitalistische Weltmacht, sondern die Vereinigten Staaten repräsentieren für ihn eine von Europa abweichende Entwicklung, deren brutale Auswirkungen sich gegenwärtig zeigen. So habe die USA den Weg der europäischen Aufklärung nie konsequent vollzogen und ihre Eliten gründeten immer noch auf einem rassistischen Bild der Menschheit, das auch die Geschichte des Landes geprägt habe. Problematisch ist diese Argumentati-

on deshalb, weil nicht mehr die dem Kapitalismus zugrunde liegende soziale Spaltung für die Gewalt verantwortlich gemacht wird, sondern die vermeintliche Besonderung der USA zum Wesensunterschied innerhalb der kapitalistischen Basis erklärt wird. So schließt sich Kühnl sehr positiv den Aufrufen von Habermas und Derrida für die Stärkung Europas als „ziviles Gegenmodell“ (69) an und fordert einen Kampf gegen die USA auf allen Ebenen: „Eine sozial, kulturell, ökologisch und friedlich gesicherte Zukunft kann die Menschheit nur im Kampf gegen die USA und durch die schrittweise Zurückdrängung der Machtstellung der USA erreichen.“ (67)

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war es gerade Europa, dass das dünne Eis von Aufklärung und Zivilisierung veranschaulichte. Der Weg, den die europäischen Gesellschaften gegenwärtig nehmen – zunächst im Inneren – gibt wenig Anlass für die von Kühnl geäußerte Hoffnung. Jedoch sind es gerade die Pointierungen und Zuspitzungen, die die Lektüre anregen und zum Nachdenken herausfordern.

Gerd Wiegel

Keine neue kritische Theorie

Ulrich Beck, Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2002, 478 S., 20 €.

Ulrich Beck legt eine „Skizze der Neuen Kritischen Theorie in kosmopolitischer Absicht“ (341) vor. Damit reiht er sein Unternehmen ein in die

Tradition einerseits der Frankfurter Schule und andererseits der kantischen Geschichtsphilosophie. Da er es unterläßt, die Gemeinsamkeiten und Differenzen seiner Neuen Kritischen Theorie (NKT) im Verhältnis zu ihren beiden Namensgebern zu thematisieren (im Falle der Frankfurter avisiert er das, vgl. 405, Fn. 67), sei kurz auf deren Kern hingewiesen. Kant setzte in seiner in „weltbürgerlicher Absicht“ (Kant) formulierten und naturrechtlich fundierten Kritik am feudal-absolutistischen Ancien Régime auf die zivilisierenden Potenzen des Marktes; seine frühbürgerliche Utopie wurde in dem Maße entzaubert, wie sich die kapitalistische Marktvergesellschaftung durchsetzte und das ihr eigene Phänomen der sozialen Frage generierte. Sie bildete den Ausgangspunkt der materialistischen Gesellschaftstheorie, deren Kritik an sowohl kapitalistischen und staatlichen Vergesellschaftungsformen als auch utopischen Denkfiguren sich die Begründer der Kritischen Theorie verpflichtet fühlten. In der NKT gehen ihre beiden Namensgeber als einerseits „wirklichkeitswissenschaftlicher Auftrag und Ethos“ (66) der Sozialwissenschaften und andererseits kosmopolitische Utopie eine Verbindung ein, die zunächst aufgeschnürt werden soll.

Laut Beck sei „nach den historisch verschlissenen Ideen des Nationalismus, Kommunismus, Sozialismus, Neoliberalismus“ (16) heute die Zeit reif für die Verwirklichung der Idee des Kosmopolitismus. Denn „am Beginn des dritten Jahrtausends erscheint die Zukunft der Menschheit plötzlich offen.“ (19) Als Grund dafür führt er die Ambivalenzen der Glo-

balisierung an. So drohe der „Feuersturm globalisierter Modernisierung“ die Welt zwar ins Chaos zu stürzen, zugleich aber produziere er eine „Kultur der Globalität“, die die Chance für einen kosmopolitischen Aufbruch in eine transnationale Zweitmoderne in sich berge. Dessen Kern sei ein „kosmopolitischer common sense“, der seinerseits darauf abziele, „einen Geist der Anerkennung der Andersheit der Anderen zu schaffen, der die ethnischen, nationalen und religiösen Traditionen durchdringt und im Austausch verlebendigt“ (11).

Becks neoidealistische Argumentationsfigur stellt darauf ab, die durch die neoliberale Politik der Globalisierung produzierten politisch-ökonomischen Strukturprobleme durch Kulturalismus zu lösen. Wie aber die Geschichte vom Kolonialismus über den Imperialismus bis zum aktuellen Globalisierungsschub demonstriert, zeichnet die Inwertsetzung nichtkapitalistischer Regionen in all ihren historischen Erscheinungsformen ursächlich verantwortlich für die Zerstörung der Andersheit der Anderen, indem sie mit ihren materiellen Lebensgrundlagen zugleich auch ihre ethnischen, nationalen und religiösen Lebensformen und Traditionen hinwegfegt. Die jeweiligen Kulturen der Anderen überleben bestenfalls in Reservaten oder als Folklore, an deren vermeintlicher Ursprünglichkeit sich die westlichen Touristen ergötzen. Vor allem ändert die Anerkennung der Andersheit der 1,2 Milliarden Menschen, die „mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen“ (55) müssen, nichts an ihrem Elend. Politisch-ökonomische Strukturprobleme können nicht durch Kulturalismus pro-

duktiv bearbeitet werden, ihre Lösung erfordert eine Veränderung der Gesellschaftsstrukturen, die die Probleme generieren. Die Utopie einer besseren, nämlich kosmopolitischen Welt bildet die Richtschnur für die Darstellung des wirklichkeitswissenschaftlichen Strangs der Studie.

Beck zufolge zeichne sich die nationalstaatliche Erstmoderne durch den in ihr herrschenden Primat der Politik über die Ökonomie und die letztere charakterisierende Konfliktodynamik von Kapital und Lohnarbeit aus. Beide sprengte die Globalisierung, indem sie einerseits das Kapital von nationalstaatlichen Fesseln befreie und andererseits der Lohnarbeit eine Zivilgesellschaft folgen lasse. Der Konstellation einer „neuen weltpolitischen Ökonomie“, wie der Untertitel des Buches lautet, sei der Vorrang der Ökonomie über die Politik eigentümlich, der den Nationalstaat dazu verurteile, sich alternativlos an die Weltmarktzwänge anzupassen, wodurch er sich selbst und zugleich auch die Zivilgesellschaft abwickle. Aus der Sackgasse gebe es allerdings einen Ausweg, der in der Transnationalisierung der Nationalstaaten, ihrem partiellen Souveränitätsverzicht bestehe. Seien die Nationalstaaten dazu bereit, könnten sie dem ebenfalls transnational agierenden Kapital erfolgreich Paroli bieten. Die Renaissance des Politischen konstituiere sich als kosmopolitische Zweitmoderne. Der springende Punkt seiner Argumentationsfigur ist als Ambivalenz der Globalisierung charakterisierbar, deren subversive, die Fundamente des Nationalstaats unterspülende Kräfte er begrüßt, weil ihr ungeachtet ihrer derzeitigen negativen Resultate die Mög-

lichkeit eines kosmopolitischen Aufbruchs inhärent sei.

Die Umwälzung begreift er in Anlehnung an Karl Polanyi als „Zweite Große Transformation“ (29), für deren Entzifferung ein „wissenschaftlicher Paradigmenwechsel“ erforderlich sei. Den Kern seiner wissenschaftlichen Revolution charakterisiert Beck als Übergang vom „methodologischen Nationalismus zum methodologischen Kosmopolitismus“ (53). Dessen Wesen sei es, in Umkehrung der Marxschen Feuerbach-Thesen das gesellschaftliche Sein mit einem kosmopolitischen „Bewußtsein“ (26) zu betrachten, mit dem Ziel, die transnationalen Potenzen des Umbruchs für die Handelnden transparent und nicht zuletzt auch handlungsrelevant zu machen. Dabei geht er von der leitenden Annahme aus, daß der Globalisierung ein „Zwang zur Großen Politik“ (20) inhärent sei, den er als „regelveränderndes Metaspiel der Weltpolitik“ (22) begreift. Autonome und konkurrierende Machtsubjekte des Metaspiels sind „Staaten, weltwirtschaftliche Akteure sowie die Akteure der globalen Zivilgesellschaft“ (21), die mit ihren jeweiligen Machtressourcen und -techniken das neue transnationale Spielfeld konstituieren und den Ausgang des Spiels unter sich ausmachen.

Das Thema ist damit das Verhältnis von Politik und Ökonomie unter der Bedingung von Globalisierung. Becks spieltheoretische Analyse untersucht die denkbaren logischen (nicht empirischen) Strategien der drei Akteure des Metaspiels. Dabei lokalisiert er für die Staatsstrategien „das Kritikpotential“ der NKT „in der Umkehrung von Wirklichkeit und Möglich-

keit“, indem „dem Möglichen – der Kosmopolitisierung – Priorität gegenüber dem Wirklichen – der nationalstaatlichen Orthodoxie – eingeräumt wird.“ (367) Auf solche Weise verbindet er Wirklichkeitswissenschaft und Utopismus zur NKT – und genau hier ist die Basis ihrer aporetischen Struktur zu lokalisieren. Dieser Teil der Untersuchung umfaßt fünf der insgesamt acht Kapitel. Im einzelnen sind dies das dritte Kapitel - Regelverändernde Weltinnenpolitik: Zur Entgrenzung von Ökonomie, Politik und Gesellschaft“ (95-184), das vierte Kapitel über „Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter: Kapitalstrategien“ (185-252); das fünfte Kapitel behandelt die „Staatsstrategien zwischen Renationalisierung und Transnationalisierung“ (253-346), im sechsten Kapitel werden die „Strategien zivilgesellschaftlicher Bewegungen“ (347-363) erörtert, und das siebte Kapitel geht der Frage nach: „Wer gewinnt? Zum Begriffs- und Formenwandel von Staat und Politik in der Zweiten Moderne“ (364-406).

Da heutzutage auch auf dem wissenschaftlichen Markt Marketing eine immer größere Rolle spielt, mag es ratsam sein, sein eigenes Produkt wortstark als wissenschaftliche Revolution anzupreisen, um sich Gehör zu verschaffen. Wie aber bereits die bisherigen Erörterungen deutlich machen, erfüllt die in Rede stehende Studie nicht die Anforderungen an einen Paradigmenwechsel im Sinne von Thomas S. Kuhn.

Methodisch und methodologisch ist sie als Handlungstheorie und idealistischer Utopismus konventionell; auch mit Blick auf den Umfang des Erkenntnisobjekts „Transnationalität“

ist sie kein Solitär. Beim „kosmopolitischen Blick“ mit seinen schwindelerregenden Abstraktionen wie etwa „Weltgesellschaft“, „Weltinnenpolitik“ oder gar „globale Zivilgesellschaft“ stellt sich vielmehr die Frage, ob mit solchen Begriffen Struktur, Funktionsweise, Triebkräfte, Kräfteverhältnisse, Tendenzen der realen Welt erhellt werden können. Gemessen an der Kategorie Öffentlichkeit, die konstitutiver Bestandteil der drei Begriffe ist, kann ihre Existenz allenfalls in deskriptiver Hinsicht als gegeben angenommen werden. Dagegen behauptet Beck allen Ernstes, die „globale Zivilgesellschaft“ – deren Machtspiel er auf 17 Seiten seiner Abhandlung zu Worte kommen läßt (347-363), was ihren realen weltpolitischen Stellenwert beleuchtet –, d.h. die passiven und zahlungsfähigen „Konsumenten“, konstituiere „mit der grenzenlosen Leichtigkeit des Nicht-Kaufs“ tatsächlich nichts Geringeres als die „Weltöffentlichkeit“ (350) und „die real existierende Weltgesellschaft“ (28).

Weiter ist es kein Zufall, daß der Gegenstand der Studie (mit Ausnahme einiger weniger Verweise auf andere Regionen der „Weltgesellschaft“) die EU als integrierteste transnationale Region der Welt und die USA als neoliberaler Welthegemon sind; ebenfalls ist es kein Zufall, daß die Empirie der „Weltgesellschaft“ sich auf sporadische Illustrationen reduziert.

Auch erweist sich die logische Anlage der Studie als problematisch, thematisiert sie doch abstrakt die denkbaren strategischen Handlungskalküle der als autonom unterstellten drei Akteure in Gegenwart und Zukunft. Eine historisch-systematische Untersuchung

des Themas wäre in mehrfacher Hinsicht fruchtbarer gewesen. Wäre der aktuelle Globalisierungsschub mit einem geschichtlichen Blick betrachtet worden, d.h. als neueste Etappe eines diskontinuierlichen Prozesses, der von Anfang an zum Wesen des Kapitalismus gehört und dessen vorletzte Etappe die 25 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg waren, verlöre er viel von seiner angeblichen Singularität (und Irreversibilität) und seinem utopischen Überschuß.

In systematischer Hinsicht verfehlt die Fokussierung der Analyse auf die Handlungen autonomer Akteure den systemischen Charakter ihres Gegenstandes. Das weiß auch Beck, wie deutlich wird, wenn er beispielsweise zu Recht anmerkt, die transnationale Kapitalakkumulation erfolge unter „dem Zwang ... sich in der Konkurrenz am Weltmarkt zu bewähren“ (220), so dass die vordergründig autonom handelnden Kapitalsubjekte in Wirklichkeit also Getriebene sind. Für die von ihm beschworene absolute Mobilität des Kapitals, die ihm zufolge die politischen Regulierungskapazitäten des Nationalstaats auf die alternativlose Anpassung an die Weltmarktzwänge reduziert, gilt nicht nur sein eigener Hinweis, „wer hier sein Geld abzieht, muß es dort investieren. Kapital muß also immer irgendwo Wurzeln schlagen, sich ‚lokalisieren‘“ (109), ist also trotz aller Virtualität stets im Raum angesiedelt. Den wechselt es darüber hinaus erst, wenn das jeweilige Unternehmen seine Anlagen und Maschinen abgeschrieben hat. Auch ist es kein Spezifikum der Globalisierung, daß der Nationalstaat vom Kapital keine

Investitionen erzwingen könne, dies war stets der Fall.

Im Gegensatz zu Beck kann weiter begründet behauptet werden, daß der Nationalstaat, obwohl seine Souveränität von den verschiedensten Akteuren unterminiert wird, von entscheidender Bedeutung für die kapitalistische Ökonomie ist. Entgegen der neoklassischen Annahme entstehen Märkte nämlich nicht spontan. So weiß auch Beck, daß der globale Freihandel neben der „Liberalisierung des Warenaustausches ... auch die Liberalisierung der Kapitalzirkulation“ (220) zur Voraussetzung hat. Beide werden von den kapitalistischen Kernstaaten und den von ihnen dominierten supranationalen Weltmarktagenturen durchgesetzt. Dabei spielt Gewalt eine entscheidende Rolle. Selbst isoliert betrachtet, ist die „Weltwirtschaft“ alles andere als „essentiell pazifistisch“ (109).

Die Notizen illustrieren, daß Becks Konstruktion autonomer Akteure ihrem Gegenstand nicht gerecht wird. Es kann nämlich, wie er fälschlich konstatiert, weder von der „Abkoppelung der Weltwirtschaft von der Politik“ (389) noch vom „Zerfall staatlicher Macht und Autorität“ (31) die Rede sein. Tatsächlich waren und sind „staatliche Politik und Wirtschaft immer schon ineinander verzahnt“ (196), wie er zutreffend urteilt. Da sich entgegen seiner Hypothese trotz Globalisierung statt einer „neuen Machtrivalität von Staat und Weltwirtschaft“ (110) lediglich das Verhältnis von Politik und Ökonomie zugunsten letzterer verändert hat, entpuppt sich sein zentrales Axiom eines „Macht-Machtspiels“ (314) zwischen beiden als Fiktion.

Auf sie muß er auch rekurren, damit seine Konstruktion des doppelten Kritikpotentials der NKT trägt. Neben der hypostasierten Machtrivalität nötigt sie ihn darüber hinaus dazu, den neoliberalen Staat, der eine Symbiose mit dem Kapital eingeht, in den abschließenden zwei Unterabschnitten des vierten Kapitels über Kapitalstrategien (243-252) abzuhandeln statt im fünften Kapitel über Staatsstrategien, wie es der Logik seiner spieltheoretischen Analyse nach geboten wäre. Den neoliberalen „Weltmarkt-Staat“ (247) stellt er dabei als „Selbstfesselung der Politik“ (261), ja als ihre Abdankung dar, obwohl es sich bei seiner sukzessiven Durchsetzung im genuinen Sinn des Ausdrucks um „Große Politik“ handelt. Der neoliberale Staat des Kapitals, einschließlich seiner supranationalen Weltmarktagenturen, setzt nämlich nicht nur machtpolitisch das globale Freihandelsregime durch, er führt in seinem Innern auch einen Klassenkampf von oben gegen die subalternen Klassen, der von Autoren wie etwa Elmar Altvater zutreffend als „neoliberale Konterrevolution“ oder von Pierre Bourdieu als „konservative Revolution“ auf den Begriff gebracht wird. Zwar formuliert auch Beck eine beißende Kritik am Neoliberalismus (einschließlich des „Dritten Weges“ der „Neuen Sozialdemokratie“ als eine seiner Varianten, den er in jüngster Vergangenheit noch als zweitmodernen Aufbruch interpretierte, womit er den Mächtigen die schönen bürgergesellschaftlichen Stichworte für die von ihnen praktizierte Demontage des Sozialstaats lieferte), in ihr nimmt er aber dessen ideologische Verheißungen wie demokratischer

Minimalstaat, politische Freiheit und Wohlstand für alle für bare Münze und kontrastiert sie mit dessen autoritärer Praxis, die er sogar als dessen Ende fehlinterpretiert.

Das Fundament des Liberalismus ist das Sondereigentum an Produktionsmitteln, welches seinerseits die Interessenlagen und Konflikte der bürgerlichen Gesellschaft konstituiert und auf dessen Altar er im Ernstfall die individuellen Bürgerrechte opfert. Der liberale Staat war stets der Staat des Kapitals und als solcher alles andere als ohnmächtig, er war vielmehr immer so stark, wie er es zur Erledigung seiner außen- und innenpolitischen Aufgaben sein mußte. Das ist auch bei seinem neoliberalen Wiedergänger der Fall, der als funktionales Äquivalent der entfesselten Ökonomie notwendig der nach Innen autoritäre und nach Außen neoimperialistische Staat des Kapitals ist. Becks Kritik dagegen basiert auf einem nicht ausgewiesenen, dem Gegenstand äußerlich bleibenden und ihm nicht angemessenen normativen Politikbegriff, der die neoliberale Politik einfach als Nicht-Politik deklariert. Da also bereits seine wirklichkeitswissenschaftliche Kritik nicht trägt, ist seiner utopischen Kritik mit besonderer Skepsis zu begegnen.

Denn mit besagter Funktionalität des Weltmarkt-Staats wird Becks utopische Ausgangshypothese prekär, die regelverändernde Globalisierung eröffne die Chance für eine kosmopolitische Moderne. Die Regelveränderungen der internationalen Politik, insbesondere die Ablösung des Völkerrechts durch das Recht des Stärkeren und die Öffnung der abhängigen Staaten für den Freihandel sind

nicht deren Beginn, sie bilden im Gegenteil den Ausgangspunkt für die neoimperialistische Expansion, namentlich des Welthegemons USA. Daher manövriert er sich mit seiner prinzipiellen Anerkennung der neuen Spielregeln als Basis für seinen kosmopolitischen Aufbruch in eine Zwickmühle. Seine utopischen Alternativen wie Kosmopolitismus, Zivilisation, Menschenrechte, Humanität, gerechter Krieg oder Demokratie gehören nämlich auch zu den ideologischen Waffen des Westens, mit denen er seine kapitalistische Expansion begründet, um die ihr zugrundeliegenden Interessen zugleich zu verschleiern und zu legitimieren. Die aus der Differenz zwischen materieller Praxis der bürgerlichen Gesellschaft und den von ihr erzeugten Idealen entspringende Heuchelei ist eines ihrer konstitutives Moment. Das nötigt Beck zu haltlosen Unterscheidungen wie etwa der zwischen „echtem und unechtem Kosmopolitismus“ (42). Den unverfälschten Kosmopolitismus definieren und praktizieren aber die mächtigen transnationalen Konzerne und die geopolitischen Interessen der G7-Staaten unter Führung der USA, nicht die NKT.

Da Ideen sich bekanntlich vor den Interessen blamieren, sprechen gewichtige Indizien für den Verdacht, daß die NKT „einmal mehr nur falsche Hoffnungen und falsches Bewußtsein“ (164) beschwört. Hätte sie sich mehr von der Kapitalismuskritik der Kritischen Theorie und ihrem Utopieverzicht inspirieren lassen, hätte sie sich über die Zivilisation weniger Illusionen gemacht. In sie ist die Barbarei eingebraut.

Volker Stork

Ein Leben, das viele Biographien füllt

Katharina Riege, Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie. VSA-Verlag Hamburg 2003, 470 S., 25 Euro

Das biographische Genre boomt. Eine Lebensbeschreibung nach der anderen wird auf den Markt geworfen. Immer wieder behandeln neue Werke das Wirken von Kaisern, Königen, Päpsten usw., kurz von Herrschern und bekannten Persönlichkeiten aller Art, zumeist jedoch ohne größeren Erkenntnisgewinn. Da scheinen auch jene Theorien wieder Fuß zu fassen, die dem Motto „Männer machen Geschichte“ huldigen (und wer so denkt, hat kaum Frauen im Sinn). Zudem lassen sich Tendenzen einer Trivialisierung feststellen, wofür die Namen von Dieter Bohlen, Stefan Effenberg, Verona Feldbusch u.a. stehen. Dass deren Selbstdarstellungen trotz enormer Preise hohe Auflagen erleben, kennzeichnet auch den rasanten Niveauabfall im deutschen Bildungsbürgertum, der einhergeht mit einem zunehmend betriebswirtschaftlich begründeten Abbau staatlicher Ausgaben für Lehre, Wissenschaft und Forschung. Nichts Neues, könnte man sagen und an Otto Reuter denken, der schon in den Zwanzigern des vorigen Jahrhunderts sich über Leute mokierte, die sich Bücher sortiert nach ihren Farben in die Schränke stellen und gern damit angeben würden.

Umso größer fällt die Freude über den vorliegenden Band aus. Seine Autorin erzählt vom Leben eines ungewöhnlichen Mannes in konfliktreichen Zeiten, von einem Leben, das durchaus mehrere Biographien füllt

könnte; gleichwohl handelt es sich nicht um einen bekannten Spitzenpolitiker, eher um einen Mann aus der dritten oder vierten Reihe der Repräsentanten seiner Partei. Sie befasst sich mit Hans Mahle, der nach dem Ersten Weltkrieg Funktionär im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands wurde, viele Jahre im russischen Exil verbrachte, 1945 mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Berlin zurückkehrte, hier zunächst an zentraler Stelle für den Rundfunk tätig war, bald bei den Oberen der SED in Ungnade fiel, in der Konsumgenossenschaft seinen Lebensunterhalt verdiente und der schließlich von 1959 an für die Sozialistische Einheitspartei in Westberlin als Chefredakteur des Blattes „Die Wahrheit“ wirkte.

Riege stützt sich akribisch auf Archivquellen und immer wieder kritisch hinterfragte Erinnerungen Mahles. Mit ihm führte sie bis zu seinem Tode am 18. Mai 1999 intensive Gespräche, deren Ergebnisse sie teils dokumentarisch einfügt, teils erläutert und mit den Aussagen anderer Zeitgenossen vergleicht, die sie 1995 und 2000 ebenfalls befragt hat. Immer wieder gebt sie sich auf die Suche nach den Überzeugungen und Motiven, aber auch nach Zweifeln und innerer Zerrissenheit des Mannes, der sein Bekenntnis zum Kommunismus nicht nur als eine „verzeihliche Jugendsünde“, sondern als Lebenskompass verstand und der das Wort der Partei – bei allem, was er an ihr zu kritisieren für notwendig hielt – über das eigene Leben stellte. Unausgesprochen geht es um jene Vorwürfe, die seit der so genannten Wende allen gemacht worden sind, sich nicht von ihrem Traum, von ihrem Ringen um

eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abgewandt zu haben.

Immer wieder kehrt die Autorin zu den Anfängen des Weges zurück, auf dem Mahle in die Politik fand. Sie schildert die Lebensverhältnisse der Familie, der er entstammte, das Milieu, in dem er auf- und in die Kämpfe um soziale und politische Veränderungen hinein wuchs. Da wird den Wirkungen menschlicher Nächstenliebe und solidarischem Handeln mit allen von Elend und Ausbeuterei Betroffenen nachgespürt, die sich mit klar abgegrenzten Freund-Feind-Schemata verknüpften. Da wird deutlich, welche Rolle hoffnungsvoller Zukunftsglauben spielte, der kritische Reflexion gegenüber seiner Partei kaum zuließ. Der Leser kann durchaus nachvollziehen, wie das eigene Beteiligtsein an einzelnen Kämpfen, selbst wenn diese nur geringe Bedeutsamkeit erlangten, politische Sozialisation und enge Bindung an die Gefährten in der gewählten politischen Richtung mit sich brachten. Seinem Traum von einer besseren Welt, den er mit vielen teilt, fühlte sich Mahle Zeit seines Lebens verpflichtet. Es habe, so Riege, die Sensibilität „für die Gegensätze und Ungerechtigkeiten in seinem Lebensumfeld“ Mahle zum Handeln gedrängt: „Geradlinigkeit in seinen Ansichten, Verlässlichkeit und intelligente Findigkeit bei der Übernahme und Umsetzung politischer Aufträge im Rahmen bestehender Hierarchien, Organisationstalent und dem Menschen zugewandte Ausstrahlung führen ihn unversehens auf die ersten Sprossen einer ‚Karriereleiter‘, die er so wohl nie vorausgedacht hat.“ (29)

Ohne in ein reines Psychologisieren zu verfallen, kommt sie immer wieder auf die frühen Sozialisationsprozesse zurück, ja an einer Stelle spricht sie gar vom „Kindheitsmuster“, das bei ihm stets wie eine Folie über der Realität gelegen habe. (318 f.)

Hier können die zahlreichen politischen Lebensstationen Mahles in den Weimarer und in den braunen Zeiten sowie in der DDR nicht im Einzelnen rekapituliert werden. Sie begannen im KJVD, in dessen Führung er Ende 1931 als Orgleiter der Jungpionierbewegung geholt wird, sie setzten sich in KPD und der Kommunistischen Jugendinternationale fort. Die Geschichte dieser Organisationen und selbstverständlich auch die der deutschen Antifaschisten, die Zuflucht in der UdSSR gesucht hatten, erschließt sich dem Leser eindrucksvoll anhand des dargestellten individuellen Schicksals. Strategische und taktische Differenzpunkte sowie die einander zuwiderlaufenden Interessen innerhalb der Kommunistischen Internationale nimmt man gleichsam aus der Sicht eines um den eigenen Standpunkt ringenden, der Parteiführung aber grundsätzlich vertrauenden Parteimitgliedes wahr. Schon früh, jedoch nur punktuell kollidieren seine Auffassungen mit der realen Politik der Parteiführung. So widerfährt ihm harte Kritik, als er sich gegen die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ ausspricht. Wie solche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, missfällt ihm außerordentlich, doch überwiegt das Gemeinsame vor allem im Kampf gegen die heraufziehende Gefahr des Faschismus und nach 1933 gegen das Hitlerregime. Zwar wächst in

den Jahren seines russischen Exils die Verunsicherung, als die unerbittliche Realität der stalinistischen Tschistka um sich greift, doch glaubt er an Irrtümer und Fehlgriffe. 1938 beginnt er in der deutschsprachigen Abteilung des Moskauer Rundfunks zu arbeiten. Er versucht, gute Sendungen zu machen und verdrängt, wie zuvor die Nachrichten über die Moskauer Prozesse, bald auch die vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages.

Mahle wollte auch „gute“, überzeugende Rundfunksendungen machen, als er wieder in Berlin eingetroffen war und spürte, dass es durchaus Raum für Neues und Experimente gab. Ihm lag an den Meinungen vieler Hörer, auch wenn sie andere Standpunkte vertraten als die jeweils offiziell gewünschten. Dazu urteilt die Autorin: „Derselbe Mahle, der in steter Linientreue zentralistische Parteipolitik mit all ihren negativen Begleiterscheinungen für den DDR-Rundfunk betreibt, ist auf der anderen Seite bestrebt, solche Bewegungsräume demokratisch zu füllen. Er bedient sich unbewusst zweier ‚Kunstgriffe‘, die ihm helfen, diese widersprüchliche Realität mit einigermaßen ruhigem Gewissen zu leben. Zum einen folgt er in seinen Arbeitsaufgaben strikt einem ungeschriebenen Gesetz, das da heißt: so demokratisch wie möglich, solange die Partei nicht interveniert. Dieses ‚Gesetz‘ ist für Mahle deshalb akzeptabel, weil er die Partei per se als höchste demokratische Instanz begreift. Diese Konstruktion ermöglicht ihm, einen Bogen zwischen Partei und Volk zu spannen ...“ Im Anschluss an die Schilderung, wie Mah-

le in einer erregten Debatte auftrat, als es um Vorwürfe „ideologischer Sorglosigkeit“ und mangelnder „revolutionärer Wachsamkeit“ ging, sieht sich der Leser mit bohrenden Fragenkonfrontiert: „Ob Mahle davon überzeugt ist, was er in aufgeheiztem Klima seinen Genossen präsentiert? Lässt ihn der Sog stalinistischer Machtpolitik nicht mehr los? Oder fürchtet er, er könne der Nächste sein, wenn er nicht entschieden genug auftrete?“ (284)

Keiner darf und kann sich die Antwort auf solche Fragen leicht machen, zumal sie weit über die einzelne Biographie und auch über die Parteien von Kommunisten und Sozialisten hinaus reichen. Schließlich charakterisiert es die Verfasserin als einen allgemeinen Spagat, den Menschen wohl immer wieder zu bewältigen trachten: „In dem Maße, wie sich Mahle danach streckt, es den Vorgesetzten Recht zu machen, bröckelt das Vertrauen an der Basis. Das widerspricht seiner idealistischen Grundhaltung vom Aufbau des Sozialismus. In dieser Schere bewegt er sich, pendelt er zwischen den Polen. Je nachdem, zu welcher Seite er neigt, immer sind Schwierigkeiten programmiert.“ (345)

Wie gesagt: Ein nachdenklich stimmendes und dennoch orientierendes, also überaus lesenswertes Buch!

Manfred Weißbecker